

# Volkstimme

Eingelnummer 40 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Halle a. S.

## Bezirk Merseburg.

Erscheint jeden Freitag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“ sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“

Nummer 246

Abonnementspreis: Monatlich 6.- Mk., vierteljährlich 18.- Mk., halbjährlich 33.- Mk., jährlich 63.- Mk. (Postgebühren eingeschlossen). Durch die Post zugestellt monatlich 7.- Mk.; im Vierteljahr 21.- Mk.

5. Jahrgang.

Anzeigenpreis: Das Millimeter im abgekürzten Anzeigenstil kostet 70 Pf. - Bekanntheit im bezugsgekauften Zustande. Die Gebühr der Anzeigenannahme für die nächste Nr. morgens 9 Uhr.

Redaktion: Große Braunschweiger Str. 17, Halle a. S. Fernr.-Nr. 6002. Sprechzeit vormittags 11-12 Uhr.

Halle, Donnerstag, den 20. Oktober 1921

Verlag u. Expedition: Dr. Ulrich, 27. Halle a. S. Fernr.-Nr. 5407. Verlagsannahme: Ernst Nr. 1109.

# Vor schweren Entscheidungen.

Der Reichstag ist in Berlin, aber er kann nicht tagen. Er ist vorzeitig — denn er sollte erst Ende Oktober, der Anfang November wieder zusammentreten — nach Berlin herüber kommen, um zu der Entscheidung der Entente über Oberschlesien Stellung zu nehmen. Die Entscheidung ist noch nicht da, weil offenbar auch drüben wiederum große Schwierigkeiten entstanden sind. Aber wenn die Entscheidung da sein wird, dann bleibt es noch immer fraglich, ob der Reichstag sofort zusammentreten kann, denn das hat nur einen Zweck, wenn eine Regierung da ist, ob aber dann eine Regierung noch oder eine neue schon wieder da sein wird, das weiß heute kein Mensch.

Seit der Eröffnung der Nationalversammlung sind schon zwei deutsche Regierungen über auswärtige Ereignisse gekürzt. Im Streit um Unterzeichnung der Nichtunterzeichnung des Dokuments von Versailles zerbrach das Kabinett Scheidemann. Damals lag gewiß ein Grund zum Rücktritt vor, denn im Kabinett rangen in einer Lebensfrage des deutschen Volkes Meinung und die Unterlegenen räumten das Feld. Schlimmer stand schon die Sache bei dem ersten und bisher einzigen rein bürgerlichen Kabinett, das Deutschland seit der Revolution besessen hat, beim Kabinett Fehrenbach. Dieses hatte in Italienlosigkeit den Zeitpunkt herankommen lassen, zu dem die Höhe der deutschen Verpflichtungen an die Entente festgestellt werden sollte, es gelang im letzten Augenblicke Scheller über Fehrenbach und Fehrenbach über Scheller, die Verantwortung abzugeben. Anfangs ja oder Nein zu sagen, verstand es in Erkenntnis seiner eigenen Unzulänglichkeit.

Nun wird zum drittenmal eine deutsche Regierung von der Sturzflut der auswärtigen Ereignisse mit dem Fall bedroht, und wiederum slegen die Dinge ganz anders. Die Regierung Wirth hatte ihre ganze Politik auf die Erhaltung eines möglichst großen Teils von Oberschlesien eingestellt, trotzdem ist es ihr nicht gelungen, zu verhindern, daß wichtige Teile dieses Landes von Deutschland losgerissen werden, aber niemand behauptet, daß eine andere Regierung mit einer anderen Politik ein besseres Ergebnis zu erzielen vermocht hätte. Der Verlust eines Teils von Oberschlesien ist die Auswirkung eines verlorenen Kriegs, aber es war wahrlich nicht die gegenwärtige Regierung, die diesen Krieg verloren hat.

Dennoch soll die Entscheidung über Oberschlesien dazu benutzt werden, den Rücktritt des Kabinetts herbeizuführen, weil die Demokraten ein Teil des Zentrums in ihr die gewünschte Gelegenheit erblicken, die Deutsche Volkspartei in die Regierung mit aufzunehmen. Das Ziel ist die sogenannte Koalition auf breiter Grundlage vielleicht mit Wirth, vielleicht aber auch — und das wäre den Treibern dieser Krise viel lieber — ohne ihn. Man hat den Kölner Oberbürgermeister Adenauer als Kanzlerkandidaten genannt, man nennt jetzt den Reichsminister in Paris Dr. Brücker und in weiterer Linie den Zentrumsvorsitzenden Max Raun. Freie von Stresemann als künftigen Minister der Auswärtigen und erklärtem Feindling der englischen Volkspartei. Es werden ohne Ende Intrigen gesponnen und Kombinationen aufgestellt.

Sozial ist gewiß: Wenn die Krisenmacher auch nur einen Teil von dem erreichen, was sie erreichen wollen, dann wird in der nächsten Regierung der deutschen Republik die Sozialdemokratie nicht mehr vertreten sein. Man kann heute noch: Wird das Kabinett Wirth genötigt, wegen der Oberschlesienfrage seine Demission zu geben, so findet die Wahrscheinlichkeit, daß die Sozialdemokratie in der Regierung bleiben wird, denäbe auf dem Nullpunkt. Auf alle Fälle wird dann unsere Partei vor schweren Entscheidungen stehen, was die eine oder die andere auf der einen Seite ganz selbstverständlich ist, daß sie nicht zur bloßen Dekoration eines vorwiegend bürgerlich-kapitalistischen Kabinetts gebrauchen lassen wird, so ist es auch nicht geeignet, den Entschluß, aus der Regierung auszutreten, leicht zu nehmen.

Geht die Sozialdemokratie aus der Regierung hinaus, dann ist nur zweierlei möglich. Entweder es zeigt sich, daß die Bürgerlichen allein regieren können, und dann werden sie gewiß nicht aus purer Liebe die Sozialdemokraten wieder zu sich in die Regierung bitten. Oder aber, was viel wahrscheinlicher ist, es zeigt sich, daß die bürgerlichen Parteien allein nicht regieren können, und daß sie bei diesem Versuch das Reich in die unbestimmtesten äußeren und inneren Lagen bringen. Dann wird wieder einmal die Sozialdemokratie zur Rettung herangezogen werden, aber wer vermag zu sagen, was die neue Position dem deutschen Volke kosten wird?

Die Krisenmacher spielen ein gewissenloses Spiel. Stützt das Kabinett Wirth, so wird die Erregung darüber in den Massen nicht gering sein, desto größer wird das Mißtrauen sein, daß man die Krise dazu benutzen will, um von den Sozialdemokraten allerhand Zugeständ-

nisse und das Aufgeben ihrer eigenen politischen Pflichten zu erzwängen. In einer solchen Situation werden sich die sozialdemokratischen Unterhändler sehr hart zeigen müssen, und sicher werden sie eher die Zustimmung der Partei finden, wenn sich an ihrer Härte alles zerbricht, als wenn ihnen weiche Knaggebühret zum Vorwurf gemacht werden kann. Ein Abbiegen der deutschen Politik nach rechts werden sie nicht mitmachen können, können sie es nicht verhindern, so muß die Sozialdemokratie aus der Regierung ausscheiden, mag dann weiter kommen, was will.

### Klarheit noch heute.

Der Wortlaut der Entscheidung über Oberschlesien an die deutsche Regierung unterwegs.

Paris, 20. Oktober. (Havas.) Die Vorkonferenz hat gestern nachmittag die Redaktion der Mitteilung über die Entscheidung der Alliierten betreffs Oberschlesien beendet. Sie wird heute nachmittag der deutschen und der polnischen Regierung zugeföhrt werden. Die Mitteilung wird umfassen einen Begleitbrief, den Text der Entscheidung der Alliierten und die Bestimmungen über die bei der Anwendung zu befolgende Prozedur. Diese Entscheidung ist bereits gestern abend der internationalisierten Kommission in Genua mitgeteilt. Die für die Festlegung der deutsch-polnischen Grenze gebildete Kommission ist beauftragt worden, unverzüglich mit der genaueren Feststellung der neuen Grenzlinie in Oberschlesien zu beginnen.

### Friede mit Amerika.

Washington, 19. Oktober. (APB.) Die Annahme des Friedensvertrages mit Deutschland erfolgte im Senat mit 66 gegen 20 Stimmen.

London, 20. Oktober. (APB.) Nach einer Erdbebenmeldung aus Washington hatte vor der Ratifizierung der Friedensverträge mit Deutschland, Ungarn und Oesterreich der Senat mit 56 gegen 12 Stimmen den Zulassungsbefehl des Senators Mac Kellar abgelehnt, wonach Deutschland gezwungen werden sollte, anzuerkennen, den Krieg selbstübert zu haben.

### Der Jagow-Prozess vertagt.

Große Herren kommen nicht in Untersuchungshaft.

Berlin, 19. Oktober. (APB.) Im Rapp-Prozess ist eine Veränderung der Sachlage dadurch eingetreten, daß vier der flüchtigsten Angeklagten, nämlich Oberst Bauer, Korvettenkapitän Erhardt, Major Paßk und Schriftsteller Schnitzer, sich bereit erklärt haben, sich dem Gericht zu stellen, wenn sie gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft verhandelt werden. Das Wechsgericht hat ihnen durch Beschluß vom 17. Oktober sicheres Geleit bewilligt, aber nur unter der Bedingung, daß sie sich unangemeldet dem Untersuchungsrichter in Leipzig zur Vernehmung stellen, daß sie an einem im Benehmen mit dem Untersuchungsrichter zu bestimmenden oder von ihm zu beschreibenden Orte im Inlande Aufenthalt nehmen, diesen Ort ohne richterliche Genehmigung außer zur Wahrnehmung gerichtlicher Termine nicht verlassen und daß sie jeder Ladung zu einem gerichtlichen Termin folgen. Auf diese Weise wird es ermöglicht, das Verfahren gegen die Angeklagten von Jagow, von Wangelheim und Dr. Schiele einseitig durchzuführen. Der gegen letztere bereits auf den 27. Oktober anberaumte Hauptverhandlungstermin mußte daher ausfallen werden. Das Verfahren gegen sämtliche Angeklagten wird nach Möglichkeit beschleunigt. Mit dem Stattfinden der Hauptverhandlung ist in nächster Zeit zu rechnen.

### Breussischer Landtag.

58. Sitzung. Mittwoch, den 19. Oktober 1921, 12 Uhr.

Anfragen und Anträge zur Behebung der Kartoffelnot.

Abg. Gronowski (Ztr.): Wir entnehmen aus Schürste die Auswertung der Kartoffelnot zur parteipolitischen Agitation, wie wir sie gegen bei dem deutschen Redner erlebt haben. Die Regierung muß sich fähig und klar äußern über ihre Maßnahmen gegen die schamlose Preissteigerung und die Verlesung der notleidenden Bevölkerung. Reden und Verordnungen haben wir genug gehört. (Zuruf links: Stegematth.) Wir wollen endlich Taten sehen, denn die Ruhr, die jetzt noch herrscht, ist Ruhe vor dem Sturm. Denn der Wucher so ins Kraut schießen würde, haben wir bei Abschöpfung der Zwangswirtschaft doch nicht gedacht. (Stimmliches Hört! Hört! links.) Die Regierung muß endlich ernsthaft zur Anwendung des Wuchergesetzes schreiten. (Lebh. Beif. im Zentrum.)

Abg. Elmbeck (Soz.): Die Anfragen der sozialistischen Parteien nennen den unverschämten Wucher beim richtiger Wort, während die deutschnationale Anfrage kein Wort der Beurteilung dafür hat. Der deutschnationale Redner hat gestern den Wucher geradezu theoretisch gerechtfertigt. Man

mühte für den Wucher, wie im alten Rom, die Todesstrafe einföhren. Die Verbände predigen offen den Hungerkrieg gegen das deutsche Volk. Die Drohungen mit dem Lieferungsstreik sind keineswegs bloße Theorie. Dabei hat die Landwirtschaft in den letzten Jahren riesige Einnahmen gehabt und überall Verbesserungen der Betriebe vorgenommen und Hopfenfeldern abgebaut können. Für die Verbilligung der Futtermittel hat das Reich Milliarden ausgegeben. Im trassen Gegensatz dazu steht das Elend in den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Kleinrentner. Da magt es ein Freiher von Los nach, auf rheinischen Bauernversammlungen zu besprechen, die Landwirtschaft laide Not und brauche höhere Preise (Loben und Applaus links). Die „Kolonialwaren-Woche“ versteht die Kaufleute, die den Preis ihrer Warenbestände nicht, trotz billigen Einkaufs, nach der jeweiligen Konjunktur erhöhen, in den besten künftigen Zukunft. Die Lebensmittelpreise sind bis zum fünfundzwanzigfachen gestiegen, die Einnahmen und Gehälter dagegen nur um das Acht- bis Zehnfache. Sie (nach rechts) dürfen sich nicht wundern, wenn in den Industriegebieten neue Streiks und neue Lohnforderungen kommen. Aus den durch das Wiesbadener Abkommen entstehenden Reparationslieferungen werden von der Industrie ungeheure Gewinne gezogen. Wir haben ein Interesse daran, nicht nach Reparationsgewinnen zu jagen. Sondern kommt noch die man gelhafte Beschaffung des Großkapitals. Nach heute haben die Finanzminister mit der Beiseuerung der kleinen Leute zu tun, während die großen ihr Kapital in Sicherheit bringen oder der Beiseuerung entziehen können. Die Höhe gegen den Achtundneunzig tagt mit zur Verbilligung der Arbeiterlöhne. Unsere Kartoffelnot ist nicht etwas hinter der Mittelreihe zurück. Es besteht kein Zweifel daß der Kartoffelbedarf für dieses Jahr durch die neue Ernte gedeckt werden kann. Aber der Reichsernährungsminister hat sich nicht frühzeitig genug mit dem Reichsernährungsministerium in Verbindung gesetzt. Das ist eine große Fährlichkeit. Trotzdem die Gewinne der Großhändler auf 40 Prozent herabgedrückt wurden, läßt sich heute der Zentner Kartoffeln nicht unter 92 bis 93 Mark liefern. Die Breussische Regierung muß sich lo schnell als möglich mit der Regierung amts Abschlüsse dieser Art in Verbindung setzen. (Lebh. Beif. bei der Soz.)

Abg. Klausner (U. Soz.) begrüßt die Anfrage der Unabhängigen. Das Zentrum hat zwei Seelen in seiner Brust, für genöthigt ist es realistisch, aber wenn unter seinen Arbeitern Unzufriedenheit herrscht, läßt es seine Arbeitervertreter vor, um rabuläre Reden zu halten. Wenn Herr Gronowski nach der Hilfe der Wuchergerichte verlangt, so verzieht er, daß die Justiz sich aus den reaktionären Kreisen zusammenzieht und daher verlagen muß. Die ganze Breussische Regierungspolitik ist ja deutfationalistisch eingestellt.

Abg. Kiebel (Dem.): Nicht nur die Landwirtschaft ist laud an der Kartoffelnot, sondern auch gewisse Industriezweige des Westens, die frühere Schieber und unheimliche Getriebskräfte als Kartoffelaufwender nach dem Osten schickten. Der Kartoffelwucher ist kein Verbrechen, sondern gegen die Zwangswirtschaft, denn erst auf dem Boden der Zwangswirtschaft ist Wucher und Schiebertum groß geworden.

Abg. Schütz (Komm.): In Thüringen hat ein Landhändler erklärt, die Kartoffel könnten für 25 Mark abgegeben werden. Ein anderer Landwirt hat den Zentner für 40 Mark verkauft und erklärt, ein Preis über 50 Mark sei unbedeutend. Wie können da die Agrarier den doppelten Preis nehmen? (Zuruf bei den Deutschnationalen: Die Händler bieten es!) Da haben Sie den Beweis, daß in Ihren Reihen (nach rechts) die Wucherer liegen.

Darauf wird die Ausgabe abgebrochen. Ein kommunistischer Antrag, auf die morgige Tagesordnung den kommunistischen Antrag auf Unterföhung Sozialer Ausgaben zu setzen, wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung.

### Wie Hermes ab-wirtschaftet.

Die Zentrumsarbeitler find von der Politik ihres Zentrumsministers Hermes, der alku wissig und alku froh die Aufhebung der Zwangswirtschaft durchgeführt hat, gründlich furiert. In einer Verammlung christlicher Gewerkschaftler in Köln wurde (scharf gegen den Kartoffelwucher protestiert. Es wurde u. a. die Konfiskation des Vermögens von Wucherern verlangt. Ganz rabuläre Christen verlangten, daß jeder Schieber und Wucherer an die Wand gestellt würde. Die Fraktionsredner der Zentrumsarbeitler sollen mit Material versehen werden. — D, an Material wird es den Herren nicht fehlen. Notwendig ist, daß die christlichen Arbeiter den Agrariern im Zentrum die Verbeugung beibringen, daß mit der verdrehtesten Ausdeutungspolitik Schluß gemacht werden muß.

### Lloyd George und die Arbeitslosigkeit in England.

London, 20. Oktober. (APB.) Lloyd George hielt gestern nachmittag seine mit Spannung erwartete Unterredung über die Arbeitslosenfrage. Er sagte, das Land mag die schwerste Periode von Arbeitslosigkeit seit 200 Jahren durch. Im gegenwärtigen Augenblick seien in England 175 000 Erwerbslose. Die Ursache einseitig die Störung der Handelsabgewanderte und der Schwanung des Wirtschaftes könnten in dem Wort „Krieg“ aufgenommen werden. Lloyd George gab eine Uebersicht über die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Wiederherstellung des Handels und zur Behebung der Erwerbslosigkeit.

# Stregemüheren in Ostpreußen.

Die **Republikanische Volkszeitung** veröffentlicht den nachstehenden Aufruf für die nicht-Parteilichen Ostpreußen, sondern der ganzen Republik von Interesse ist, gewährt er doch einen tiefen Einblick in den gegenwärtigen Stand der Dinge, die sich infolge des prozontarischen Verhaltens der Dörsch von Tag zu Tag zuspinnen und sich nachgerade zu einer Gefahr für die Sicherheit der Republik zu entwickeln drohen. Der Aufruf lautet:

**An alle Republikaner der Provinz Ostpreußen!**  
Arbeiter, Bauerngenossen, Republikaner!  
Die Stunde ist gekommen, um ein weiteres Verlöschen der ostpreussischen Zustände in Bezug auf die Ordsch ein Verbrechen der Republik bedeuten würde. Nachdem die Gesetze erneut Waffen beschlagnahmen mußte, besteht die Gefahr neuer Zwangsmaßnahmen. Wir wollen aber den Freiheitskampf lokal erfüllen, damit wir, auf unser gutes Recht gestützt, zur Wende des Schicksals gelangen.

Nur auf diese Weise ist es möglich, den völligen Zusammenbruch der deutschen Republik zu verhindern und diese gegen den Ansturm der Monarchisten abzuwehren.  
Die Ordsch wird jetzt in ganz Ostpreußen eine fieberhafte Tätigkeit entfalten, um ihre Waffen in sichere Verstecke zu schaffen.

Jeder, der jetzt zur Republik steht, muß in diesen Tagen die Augen offen halten und jeden verdächtigen Wagnersposten anhalten, um ein weiteres Verlöschen der Waffen zu verhindern.

Jede Meldung über Waffenfund, angehaltene Transporte und dergl. muß sofort an die zuständige Behörde (Landratsamt oder Schulz) und zur Kontrolle auch an die Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei Königsberg, Vereinsratsgebäude, gegeben werden.

## Für die Republik!

Gegen die monarchistische Ordschbande.  
Der Aufruf beweist die Größe der Gefahr, in der sich die Republik befindet, können doch jeden Tag Verhältnisse eintreten, die in Ostpreußen einen Brandherd entzünden, der sich nur zu bald über das ganze Reich erstrecken könnte. Gerade in der letzten Zeit häuften sich die Meldungen, wonach die Schützen von Personen, deren Zugehörigkeit zu einer der sozialistischen Parteien bekannt ist, besonders großen Umfang annahmen. Man wird den Landratsämtern, die zum großen Teil noch immer mit Vertretern des alten Regimes besetzt sind, bei der Bestimmung der monarchistischen Umtriebe nicht immer besonderes Vertrauen schenken können, so daß die Kontrolle durch die Sozialdemokratische Partei und durch die ständige Aufnahmestelle mit der Arbeiterkraft eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Der Aufruf unserer ostpreussischen Parteigenossen ist um so bemerkenswerter, als anfänglich eine gewisse Zurückhaltung beobachtet wurde, die erst den Verlauf der Dinge erkennen wollte. Die Entwicklung hat jedoch jetzt Formen angenommen, denen unbedingt durch ein rechtzeitiges Eingreifen der republikanischen Parteien Einhalt geboten werden muß. Wir können es uns nicht leisten, in einem Augenblick, in dem wir unter einer schweren äußeren und innerpolitischen Krise stehen, außerdem eine Bedrohung von innen her zu ertragen, die bei der Mächtigkeit und den Agitationsmethoden der Deutschnationalen eine neue Gefahr bedeuten müßte.

## Ludendorffs Schwedenpaß.

In der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht General Ludendorff folgendes:

„Herr W. Scheidemann schreibt in der „Globe“. Dabei ist Ludendorff ... nach Schweden geflohen, während Hindenburg, Groener und Scheuch in anerkanntem Wertem Pflichtgefühl und aus Sorge um das zurückflutende Meer im Dienste blieben. Ganz abgesehen davon, daß das Meer nicht zurückflutete, da die flüchtigen Truppen sich in der Hand ihrer Führer waren, made ich demgegenüber folgende Feststellung: 1. Ein Vergleich zwischen meinem Handeln und dem der genannten drei Offiziere ist ganz ausgeschlossen, da ich am 28. Oktober verabschiedet worden war und jenes, wie ich annehmen muß, auf Drängen des Kriegskabinetts, dem auch Herr Scheidemann angehört, geschah. Ich glaube das Kriegskabinet oder später die drei Volksbeauftragten hätten meine Dienste gar nicht angenommen, wenn ich auf den Gedanken gekommen wäre, sie ihnen von

# Die Marktedererin.

Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Hermann Gattner.

Ich trat näher heran und sah die Frau, schwarzweiß, mit offener Brust und zurückgeworfenem Kopf und ihre schwarzen, aufgelösten Haare. Der Bauer hielt ihr den Arm empor und darunter zwischen dem Busen und der Achselhöhle zeigte sich eine bläuliche Leckung, aus der einige Tropfen Blut fielen. Diese Wunde forderte Nikel Jakob mit geschlossenen Lippen; die Sonde wühlte nicht hinein. Ich war unjio aufmerksamer, als ich nie etwas Besseres gesehen hatte, meine ganze Seele war da hinten im Alkoven. Ich hörte den Onkel murmeln: „Das ist ionderbar!“

Im nämlichen Augenblick hauchte die Frau einen langen Seufzer aus, und der Hund, der bis dahin sich still gehalten hatte, fing mit io lamentablen und harter Stimme zu wimmeln an, daß man ihn für ein menschliches Wesen hätte halten mögen. Wir fanden die Haare zu Berge, Bauer! Koffel, geht hierher und unterfahrt den Körper!“ Koffel trat hinter das Bett und nahm die Frau an den Schultern. Jetzt ging die Sonde weit hinein. Die Frau schaute und der Hund knurrte. Da rief der Onkel: „Die kommt davon. Seht Ihr, Koffel, die Kugel ist an dem Rücken ausgegittert; da ist sie unter den Schultern, rührt Ihr sie?“ „Ganz gut!“

Der Onkel trat heraus, und da er sich nicht unter dem Bohrer sah, rief er: „Was machst Du da?“ „Ich sehe zu.“ „Jetzt geht der zu! Es muß doch alles verheert gehen.“ Er nahm ein Messer vom Tisch und ging wieder hinein. Der Hund sah mich mit seinen leuchtenden Augen an, was mich beunruhigte. Wäghlücklich sah die Frau einen Schrei aus und der Onkel legte mit freudigen Schreien: „Da ist sie! es ist eine Kugelwunde. Die Arme hat

neuem angestrichen, um gleich den genannten Herzen mit ihnen zu arbeiten. 2. Ich bin nach Ausbruch der Revolution nicht nach Schweden geflohen. Zunächst war ich da verblieben, Brinmann, und konnte mich als solcher hindegeben, wobei es mir paßte. Hier lag aber die Sache noch anders. Jüngere der Hecke, die namentlich von sozialdemokratischen Seelen genötigt werden mußte, war ich in den Revolutionstagen alle die eine Gefahr geworden, die mich aufnehmen oder aufnehmen wollten. Eine eigene Wohnung beschloß ich damals nicht. Ich fandte deshalb Hauptmann Kommer zum Minister Schütz, damit dieser den Wollschuß aufregte, der sich am 8. März für mich und die erkrankte, die nicht aufnehmen konnte. Falls der Volkshauptmann nicht in der Lage sei, diesen Schuß abzugeben, erkläre ich um Aufschub. Dieser Fall wurde mir dann durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes zugewiesen. Ich in Schweden meine Kriegserinnerungen wieder hatte, legte ich Ende 1919 nach Deutschland zurück.

Das ist zu bemerken: Es ist richtig, daß Ludendorff zur Zeit seiner Flucht bereits entlassen war. Es ist auch richtig, daß man auf seine Dienste verzichtet hat, da er als der Hauptschuldige des Zusammenbruchs erkannt war. (Siehe dazu auch Stresemanns Zeugnis: „Die Erstfütterung des letzten Nalles von Stagesmitten ist ausgegangen von der OHR, und niemand anderem.“)  
Der Vorschlag, Ludendorff, der durch Vermittlung des ehemaligen Volksbeauftragten Ebert einen Paß zum Auswärtigen Amt bekommen habe, ist kein Wort wahr. Ludendorff floh in Wirklichkeit mit einem ausländischen Paß unter ausländischem Namen und mit blauer Weste. Wenn man nicht glauben will, daß General Ludendorff wirklich mit der Wahrheit umspringt, so bleibt nur die Annahme übrig, er habe sich damals in einem solchen Seelenzustand befunden, daß er jede Jeher nicht mehr weiß, wie er eigentlich Schweden rettendes Ufer erreicht hat.

## Neuregelung der Bezüge der Beamten.

Im Anschluß für Beamtenangelegenheiten des Preussischen Landtages, der sich weiter mit den Rathsbotschaften für die Beamten beschäftigte, gab am Dienstag abend der preussische Finanzminister folgende Erklärung ab:

„Die Staatsregierung verfolgt mit wachsender Sorge, wie die mit der fortschreitenden Entwertung der Mark immer weiter steigende allgemeine Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse den Beamten und Angestellten des Staates mehr und mehr erschwert, mit ihren gegenwärtigen Dienstbezügen auszukommen. Diese Verteuerung schreitet in einem Jetzmal fort, das bei der letzten Neuregelung der Bezüge nicht vorausgesehen werden konnte. In ähnlicher Lage wie die aktiven Beamten befinden sich die Ruhegehörigen, die in der Regel die Hinterlassenschaft der Beamten von der Regierung wird anerkannt, daß hier durchgreifende Abhilfe dringend geboten ist. Eine weitere Anspannung des Systems der Ausgleichs- und Versorgungsansprüche, die in Ordschaft A bereits die Höhe von 93 v. H. erreicht haben, wird über Hundert von Hundert der Grundbesitzer hinaus grundsätzlich bedenklich und deshalb nicht durchführbar sein. Es muß deshalb versucht werden, im Rahmen der Bekleidungsordnung auf anderem Wege zu einer Neugestaltung der Bezüge zu kommen. Die Arbeiten dazu sind im preussischen Finanzministerium bereits eingeleitet und werden im engsten Einklang mit dem Reichsfinanzministerium tatkräftig gefördert. Um aber das Zustandekommen der beschleunigten Maßnahmen nicht zu gefährden, muß ich es mir zur Stunde noch verhegen, über weitere Einzelheiten nähere Mitteilungen zu machen. Vielmehr muß zunächst der Abgleich der darüber zwischen dem Reich und Preußen hängewebten Verhandlungen abgemartet werden. So viel kann jedoch schon jetzt gesagt werden, daß die Regierung alles daran setzen wird, um diese Angelegenheit, die wegen der engen Zusammenhänge mit dem Reich und den anderen deutschen Ländern besonders fleißige Behandlung bedarf, rasch zum Ziele zu führen. Ich werde die Führer der Parteien zu einer Besprechung einladen, sobald die Verhandlungen mit dem Reich so weit gediehen sind, daß ich in der Lage bin, nähere Angaben über die Einzelheiten zu machen.“

Der Finanzminister erklärte hierauf noch weiter, daß die Verhandlungen mit dem Reich schon recht weit gediehen seien und daß er hoffe, binnen acht Tagen dem Ausschuß nähere Erklärungen über die Art der Regelung abgeben zu können.

„Das wird sie bei dem großen Angriff der Mauer erhalten haben“, sagte Koffel; „ich war im ersten Stock bei dem alten Krämer, um seine Uhr zu reinigen, und habe gesehen, wie sie beim Anspringen abseufzten.“  
„Das ist möglich“, sagte der Onkel, der in diesem Augenblick nur mit dem Anblick der Frau beschäftigt war. Er nahm dem Bauer das Licht aus der Hand, stellte sich hinter das Bett und betrachtete mehrere Sekunden träumerisch die Unglückliche.  
„Ja“, sagte er, „das ist eine schöne Frau und ein edler Kopf! Welch ein Unglück, daß solche Geschöpfe den Kriegserben folgen. Wäre es nicht viel besser, man läße sie im Stock eines ehrbaren Familien, wo ihnen Kindern umgeben, an der Seite eines braven Mannes, dessen Glück sie machen könnte. Wie schade! Aber — weil's einmal der Wille des Herrn ist ...“ Er ging hinaus und rief Lisbeth.

„Geh und hole eines Deiner Hemden für die Frau“, sagte er, „und Du ziehst es ihr dann selbst an. Bauer, Koffel, kommt, wir wollen ein Glas Wein trinken, denn dieser Tag war hart für uns.“ Er ging selbst in den Keller hinab und kam zurück, als eben die alte Dienerin mit ihrem Hund hereintrat. Als Lisbeth sah, daß die Marktedererin nicht tot war, kam ihr wieder einiger Mut. Sie ging in den Alkoven und zog die Vorhänge zu, während der Onkel die Fingerglocke entwarf und den Schrank öffnete, um Gläser zu holen. Dem Bauer und Koffel sah man das Vergnügen an. Ich halte mich auch zum Tisch herangemacht, um dem noch aufgetragen war, und mit dem Onkel zur Nacht. Der Hund sah uns noch fern zu; der Onkel warf ihm einige Marktblat Brot hin; er wollte sie aber nicht annehmen. Jetzt schlug's ein Uhr auf der Straße.  
„Es schlägt ein halb“, sagte Koffel. „Nein, es ist ein Uhr; ich glaube, es wäre Zeit, ins Bett zu gehen“, erwiderte der Bauer.

Während man aus dem Alkoven zurück. Alle gingen hinein, um die Frau in dem neuen Hemde zu sehen;

## Die Handelsbilanz des Monats Juli.

Der deutsche Außenhandel im Juli 1921 zeigt nach dem loeben im Reichsanzeiger veröffentlichten Ergebnissen eine geringe Erhöhung der Ein- und Ausfuhr gegenüber dem Juni. Die Menge der eingeführten Waren stieg von 18,2 auf 19,2 Millionen Doppelzentner und zwar war es besonders die Einfuhr von Lebensmittel, Rohlen und Mineralien, sowie Rohstoffen der Eisenindustrie, die sich der Menge nach erhöht hat. Der Wert der eingeführten Waren betrug im Juli 8,40 auf 7,66 Milliarden Mk. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß der Wert der eingeführten Waren, in Papiermarken ausgedrückt, schon deshalb härter angenommen hat, als ihre Menge, weil sich die Baluta gegen den Juli verschlechtert hat. Man zählte z. B. im Durchschnitt des Monats Juni für einen Dollar in Berlin 69,38, im Juli aber 76,77 Mark. Geringer ist die Zunahme der Ausfuhrmengen. Diese erhöhten sich von 15,08 auf 15,58 Millionen Doppelzentner. Dabei ist die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse zurückgegangen. Weltlich erhöht hat sich die Ausfuhr von Rohprodukten, nämlich um 2,1 Million Doppelzentner, ähnlich auch der Export von Waren der Metallindustrie. Die Maschinenindustrie, die im Juni eine starke Zunahme ihrer Warenausfuhr verzeichnen konnte, hat ihren Export nicht ganz in demselben Tempo weiterverfolgen können, immerhin aber 85 Doppelzentner mehr ausgeführt als im Juni. Auffallend ist bei einem Vergleich der Ein- und Ausfuhrwerte, daß sich der Ueberschuh der Einfuhr über die Ausfuhr wieder erhöht hat. Die Ausfuhr betrug nämlich dem Werte nach im Juli 8,2 Milliarden Mark gegen 5,4 Milliarden Mark im Juni. Der Ueberschuh des Wertes eingeführter Waren erhöhte sich also von rund 1 Milliarde im Juni auf 1,3 Milliarden im Juli. Die Steigerung der Ausfuhr dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Weltausgleichsrechnung einen erhöhten Anreiz dem Warenexport bot, sie blieb aber infolge der wirtschaftlichen Hemmungen durch die Sanktionen immer noch verhältnismäßig weit hinter ihrer Leistungsfähigkeit zurück.

## Die Eisenwirtschaft in Deutschland.

Der Eisenwirtschaftsverband hat in seiner am Dienstag in Düsseldorf tagenden Vollversammlung den ursprünglichen Antrag auf Abänderung der Eisenwirtschaftsordnung einstimmig zurückgezogen. Mit dem Reichswirtschaftsministerium kam eine Verständigung zustande, wonach der Metallarbeiterverband ein selbständiges Ernennungsrecht zur Vollversammlung erhält und einige Verbände, darunter der Verein der Straßen-, Klein- und Privatbahnen in den Eisenwirtschaftsverband aufgenommen werden. Die Mitgliederzahl des Eisenwirtschaftsverbandes wird hierdurch nicht erhöht. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums hat die Erklärung abgegeben, daß namentlich aus dem Gesichtspunkt über die Veränderung der Eisenwirtschaftsordnung vorbestimmte der Zustimmung des Reichskabinetts zurückgenommen wird.

Der Außenhandelsausschuß des Außenwirtschaftsverbandes hat einstimmig beschlossen, daß der Export nach Japan mit hochwertiger Baluta in der Regel in Ueberschuh-Taxierung zu fakturieren ist. Ausnahmen bewilligt die Außenhandelsstelle für die Eisenwirtschaft, dagegen für den Export von Rohellen erzielte Devisen aus weiterhin an die Reichsbank abzuführen. Die beim Export der Stahl- und Walzwerk-Erzeugnisse erzielten Devisen sind nur sofort abzuführen, falls sie nicht für die eigenen Auslandsverpflichtungen des industriellen Werkes verwendet werden. Es können aus diesem Grunde weniger als 40% abgestellt werden, doch ist der Restbetrag der Außenhandelsstelle gegenüber zu führen.

## Notizen.

Der Reichsverband der Metallindustrie hat dem Reichsanzeiger nunmehr offiziell die Bereitwilligkeit der Industrie zu Mitteln für Reparationszwecke aus dem Reichswege übermitteln. Beschlüsse der Reichsregierung in Gönzschien. General Depond verlegte infolge Ungehorsams im ganzen Industriegebiet verhängte Mauerbereitschaft der installierten Truppen.

Die ichen zu schließen. Der Hund hatte sich neben das Bett auf die Vorderfüße gelegt und schaute auch hin. Der Onkel richt ihm mit der Hand über den Kopf und sagte: „Dast nicht mehr zu beschätzen; sie kommt davon; ich sehe gut dafür.“ Und das arme Tier schien ihn zu verhehen; er wimmelte sanft.

Endlich trat man wieder heraus. Der Onkel mit dem Licht in der Hand und führte Koffel und den Bauer vor das Haus und dann kam er zurück und sagte zu uns: „Geh jetzt ins Bett; es ist Zeit.“ „Und Sie, Herr Doktor?“ fragte die alte Wagh. „Ich, ich mache; diese Frau ist in Gefahr, und man kann mich vielleicht auch ins Dorf rufen.“

Er ging, ein Scheit in den Ofen zu legen, und streckte sich hinten im Lehnstuhl, indem er ein Stück Papier nahm, um seine Pfeife anzuzünden. Lisbeth und ich liegen jedes in seine Kammer hinanz; aber trotz meiner Ermüdung war es mir erst spät möglich einzuschlafen, denn alle halbe Stunde merkte ich an dem Rollen eines Wagens und dem Rascheln an den Scheiben, daß wieder Leute vorbeigerührt wurden. Endlich gegen Tagesanbruch hörte all das Geräusch auf und ich verfiel in tiefen Schlaf.

Am anderen Tage mußte man sehen, wie jeder im Dorie Umhau hielt, was ihm gebieten war und was ihm fehlte. Da wurde man gewahrt, daß ein großer Teil der Metallarbeiter, der Mauer und Straßen, hinten herein in die Häuser geschlüpft waren und alles angeleert hatten. Die Enttäuschung war allgemein, und ich beglückte, wie recht der Bauer hatte, als er sagte: „Jetzt ist die Tage der Ruhe und des Friedens durch diese Mauer entfallen.“ Der größte Joch der Leute wandte sich gegen die Mauer, denn nachdem der General vorüber war und sie von Mauer, die man etwa hätte anstellen können, nichts mehr zu fürchten hätten, hätten sie sich wie ein Rabel ausgehungerter Wölfe in die Mauer, und Gott weiß, was man ihnen hätte geben müssen, um sie ohne Mauerung zum Abzug zu bestimmen. Es ist doch sehr unglücklich, daß das alte Deutschland Soldaten besitzt, welche das Land selbst mehr zu fürchten hat, als die Franzosen. (Fortsetzung folgt.)

## Zur Frage der Besteuerung kommunaler und privater Betriebe.

Berlin, 19. Oktober. Der Reparationsauschuss des norddeutschen Reichswirtschaftsrates ersuchte die Regierung um Prüfung der Frage, ob der Fortfall der Steuerbefreiungsvorrichtungen für die Elektrizitätswirtschaft möglich sei, ohne die finanzielle Grundlage der Gemeinden noch härter zu erschüttern. Die Aufhebung der Steuerbefreiungsvorrichtungen für die Monopolbetriebe des Reiches selber lehnte der Ausschuss ab.

Von wohntinteressanter Seite schreibt man uns aus Berlin: Diese, die deutsche Öffentlichkeit, besonders industrielle Kreise, schon seit jeher stark beschäftigende Frage ist, angeht die finanzielle Grundlage der Gemeinden noch härter zu erschüttern. Die Aufhebung der Steuerbefreiungsvorrichtungen für die Monopolbetriebe des Reiches selber lehnte der Ausschuss ab.

Dieser Versuch zur Abänderung der betreffenden Bestimmungen ist neuerdings von dem Direktor des Reichswirtschaftsrates, Direktor Henke, im Reichswirtschaftsrat und hat zur Beratung der Steuergegentwürde den nachstehenden Antrag eingebracht:

„Der Reichswirtschaftsrat wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, die Steuerbefreiung der öffentlichen Körperschaften (Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände), soweit sie gewerbliche Unternehmungen betreffen, zu streichen. (Amfussgesetz, § 3 Nr. 2; Körperschaftsteuergesetz, § 2 Nr. 1; Vermögenssteuergesetz, § 4.)“

Dieser Antrag ist bereits in einem Unterausschuss, unter Hinzuziehung von Sachverständigen, eingehend beraten worden. In der Aussprache wurde von nahezu allen Seiten anerkannt, daß die dem Antrag heute zu Grunde liegenden Grundgedanken: durch die Beilegung der Steuerbefreiung gleiche Voraussetzungen für den Konkurrenzkampf privater und kommunaler Unternehmungen zu schaffen, weitgehend der Beachtung verbleiben. Es wurde zugegeben, daß die verschiedenartige steuerliche Behandlung privater und kommunaler Betriebe unter Umständen dazu führen könne, den technischen Fortschritt zu hemmen und den wirtschaftlich wünschenswerten Zusammenschluß kommunaler und privater Betriebe zu großen gemeinschaftswirtschaftlichen Unternehmungen für größere Gebiete zu verhindern. Es wurde von allen Sachkundigen, selbst von den Vertretern der Städte, betont, daß diese Gefahr besonders für die Elektrizitätswirtschaft bestehe. Der Zusammenschluß der vorhandenen Elektrizitätswerke für große Wirtschaftsgebiete und die Versorgung aller in diesen Gebieten liegenden Gemeinden mit elektrischer Kraft (auch die allerersten) ist eine Aufgabe, deren Erledigung wichtig und dringlich ist, und man ist schon, wobei amtliche und private Stellen zusammenarbeiten, seit längerer Zeit bemüht, diese Aufgabe in die Praxis umzusetzen. Voraussetzung hierfür ist aber, daß die in kommunalen und privaten Händen sich befindenden Werke, zu großen gemeinschaftswirtschaftlichen Unternehmungen zusammengefaßt werden. Das geschieht vorläufig aber an der Aufgabe der steuerlichen Bevorzugung der kommunalen Betriebe. Diese schon die Verbindung mit dem privaten, weil sie durch den Fortfall der Steuerprivilegien verminderte Einnahmen glauben nicht entstehen zu können, obwohl man erwarten dürfte, daß der durch die allgemeine Versorgung mit elektrischem Strom herbeigeführte sehr viel größere Konsum den Einnahmeausfall zu einem Teil wieder wettmachen würde.

In Sachen der Elektrizitätswirtschaft würden die Vertreter der Städte übrigens mit sich reden lassen, wenn man ihre bevorzugte Stellung auf den anderen Gebieten nicht antastete. Sie haben mit Recht hervor, daß Gemeindebetriebe deshalb mit privaten nicht ohne weiteres vergleichbar seien, weil die ersteren sehr häufig, ohne Rücksicht auf Gewinnaussichten, begründet und betrieben werden. Die Gemeinden könnten sich der Aufgabe nicht entziehen, aus allgemeinen sozialen Rücksichten auf die Gemeindebewohner Unternehmungen ins Leben zu rufen, die nicht nur keinen Gewinn einbrächten, sondern des öfteren zu beträchtlichen finanziellen Einbußen führten. An die Gründung derartiger

gemeinnütziger Betriebe ginge das private Unternehmertum wegen des Fehlens der Rentabilität nicht heran, und aus diesen Gründen sei die Aufrechterhaltung des Steuerprivilegiums kommunaler Unternehmungen der eichtig. Es läge hinzu, daß die finanzielle Lage der meisten deutschen Gemeinden heute eine derartige ist, daß sie den Fortfall des aus der Steuerbefreiung fließenden Einnahmeüberschusses einfach nicht entbehren könnten, die Regelung der Angelegenheit müsse also unter allen Umständen solange hinausgeschoben werden, bis die künftigen Finanzen wieder eine geeignete Grundlage erhalten hätten.

Man sieht, daß sich für die Aufhebung wie für die Aufrechterhaltung des gemeinschaftlichen Steuerprivilegiums gute Gründe anführen lassen, und es läßt sich nicht verkennen, daß die Aufgaben der Gemeinden, gemeinnützige Betriebe ins Leben zu rufen und zu betreiben, ihnen ein Recht auf eine gewisse Sonderstellung auch in steuerlicher Hinsicht gibt. Auf die Entscheidung, die der Reichswirtschaftsrat in dieser Angelegenheit fällen wird, darf man in jeder Beziehung gespannt sein, und man möchte wünschen, daß eine Verständigung zustande käme, die sowohl den Bedürfnissen der Gemeinden Rechnung trägt, als dem technisch-wirtschaftlichen Fortschritt hindern im Wege zu stehen.

### Erholung der Mark.

Wie vorausgesehen war, ist der sprunghafte Steigerung der Devisenkurse an den deutschen Börsen eine Erleichterung erfolgt. Am Mittwoch zeigte sich bei Beginn des offiziellen Verkehrs an der Berliner Börse, daß ein starkes Angebot an ausländischen Zahlungsmitteln eine nur sehr geringe Nachfrage gegenüberbietet.

Es waren Dollarkonten mit 177 erhältlich. Im weiteren Verlauf schwante der Kurs ab bei 170, und selbst auf dieser Basis fanden nur geringe Umsätze statt. Die amtliche Notiz lautete für New York auf 171,75, Amsterdam 87,5, London 670. Man nimmt in Berlinkreisen an, daß die künftige, weit über das durch die Verhältnisse gegebene Ziel hinausgehende Steigerung des Dollars das Ergebnis von Machinationen gewesen ist.

## Gewerkschaftliches.

### Reaktionäre Mächte in den Vereinigten Staaten.

(A. G. B.) Schon aus Mitteilungen des englischen Gewerkschaftsführers Walker, der im letzten Sommer die Arbeitsverhältnisse in der Stahlindustrie der Vereinigten Staaten untersucht hat, war bekannt geworden, daß die Koalitionsfreiheit für Arbeiter im Bereiche des Stahlstrasses so gut wie aufgehoben ist. Jeder Arbeiter, erklärte er in einem Vorgespräch, „wird unmittelbar entlassen, von dem bekannt ist, daß er einer Gewerkschaft angehört.“ Die Mitteilungen werden durch einen Artikel des amerikanischen Professors John A. Ryan in „The American Labor Legislation Review“ bestätigt. „Die verschiedenen Geschäftszweige“, sagt er an einer Stelle, „erkennen für sich selbst Koalitionsfreiheit — sie wollen sich vereinigen, um die Löhne festzusetzen und eine festgesetzte Front gegen die Gewerkschaften zu bilden. Sie verneinen das Recht der Arbeiter sich zu vereinigen, um Löhne festzusetzen oder eine gemeinsame Politik gegenüber nicht gewerkschaftlich zusammengeschlossenen Arbeitern zu führen.“ Als einer der Stahlgewaltigen getragt wurde: „Allo Sie nehmen für Ihren Unternehmerverband ein Recht in Anspruch, das Sie den Arbeitern abprechen“ erwiderte er: „Ja, darauf läuft es hinaus.“

„Die Herren von Stahlrüt verdächtigen den Boykott als eine unamerikanische und ungesetzliche Maßregel — jedoch haben die Arbeiter ihn anzuwenden. Sie selbst aber verbieten sich, um die Bauunternehmer von New York und Philadelphia zu boykottieren, die ihr gewerkschaftsfeindliches Programm nicht annehmen wollen. Einer von ihnen gab sogar zu, daß sie den Boykott über alle Bauunternehmer der Vereinigten Staaten verhängen würden, wenn sie es für notwendig hielten, um ihren Zweck durchzuführen.“

Bekanntlich äußert sich der Gegensatz der amerikanischen Arbeiter zu den Unternehmern insbesondere in dem Kampf um die offene Werkstatt. Es ist eine alte Forderung der amerikanischen Gewerkschaften, daß nur organisierte Arbeiter in einer Fabrik beschäftigt werden dürfen. Im Rahmen der „offenen“ Arbeit mischeren sich die Unternehmer, kann mit thapen Worten, weswegen sie tatsächlich Widerstand leisten. Diese industriellen Autoritäten bekennen, daß sie für die offene Werkstatt eintreten, um jedem, der nicht einer Gewerkschaft angehört, Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, wann und wo es ihm gefällt. Sie lehnen es ab, überhaupt mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Ja mehr als das: es gibt in der Stahlindustrie eine Vereinigung, deren Aufgabe ist, darauf zu achten, daß nur nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angestellt werden und daß diese wiederum, soweit

es möglich ist, keine gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einstellen. Mit andern Worten: die offene Werkstatt der Unternehmern bedeutet eine geschlossene Werkstatt für die Gewerkschaften.

Die Selbstherrlichkeit der Unternehmer tritt aber am schroffsten auf gegenüber den ungelerten Arbeitern. Ihnen gegenüber hat noch „die alte Theorie, daß Löhne ungefähr dem bloßen Existenzminimum entsprechen sollten“. Man stützt aus einem Blattartikel des „Mail Street Journal“ ein paar Sätze, die die jämliche Brutalität der Unternehmer scharf beleuchten: „Wenn die Verhältnisse wirklich wieder normal werden, endet der ungelerte Arbeiter da, wo er hingehört — auf der untersten Stufe. Er wird tatsächlich von 2 Dollar täglich leben können, wenn es ihm glückt, diesen Betrag regelmäßig zu bekommen. Die Kosten des Lebensunterhaltes werden sich von selbst regeln. Das Arbeitsbüro wird es aufheben, Anfinn über ein jährliches Existenzminimum von 2.600 Dollar zu publizieren für eine imaginäre „Familie von 5 Köpfen“. Der ungelerte Arbeiter wird dem Himmel danken, daß er keine Familie von 5 Köpfen hat, noch überhaupt jemand, für den er sorgen muß; noch wird irgend ein Unternehmer derartige Familienverhältnisse zur Grundlage seines Lohnsatzes machen, wie es die banfroste und diskreditierte „Interlokutionelle Weltbewegung“ nähererweine in dieser oberflächlichen Unterredung zum Stahlstreik vorge schlagen hat.“

Diese Maßnahmen und Verfügungen zeigen, wie eingeweiht reaktionäre Gewinn im Mutterlande bürgerlicher Freiheit ist. Glücklicherweise regt sich in der amerikanischen Arbeiterbewegung und in städtischen Kreisen in den Vereinigten Staaten die Einsicht, daß die bürgerliche rein politische Demokratie in seiner Weise die wirtschaftliche Autokratie des Kapitals beilegt. So wird der Kampf für die Verwirklichung der wahren amerikanischen Demokratie, die auch im wirtschaftlichen Bereich bestehen muß, von selbst zum Kampf gegen das kapitalistische System werden. So verschoben die Ausgangspunkte sein mögen: in allen Ländern finden sich die Arbeiter schließlich in der gleichen Front gegenüber demselben Feinde.

Im Berliner Zeitungskontflikt fanden gestern im Beisein des Reichsarbeitsministers Verhandlungen zwischen der Firma Woffe und dem Druckerpersonal des Verlages unter Hinzuziehung der tariflichen Anstalten statt. Zu einem Ergebnis sind die Beratungen nicht gekommen. Die Verhandlungen sollen heute früh fortgesetzt werden und zwar, wie die Freiheit schreibt, unter dem Vorbehalt des Arbeitsministers.

Wollen die Lokomotivführer streiken? Franzfurter Morgenblätter lassen sich aus Eisenach folgende Alarmnachricht melden: Die zuverlässigsten, haben die Lokomotivführer der deutschen Reichseisenbahnen mit etwa 75.000 Beamten unmittelbar vor dem Streik wegen Nichterfüllung der vom Reichsarbeitsministerium den Lokomotivführern gegebenen Zusicherungen hinsichtlich der Einkünfte in die Belohnungsklasse 7 als Spitzenstellung und Verweigerung einer den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend gestellten Beförderung der Aufwandsentschädigung. Der Regierung wird ein kurzfristiges Ultimatum von acht Stunden gestellt werden. Das gesamte Lokomotivpersonal steht geschlossen hinter dieser Aktion. Der Streik wird in Deutschland auf allen Strecken gleichzeitig ausbrechen. Es sollen wieder Lebensmittelpreise noch sonstige wichtige Züge gestrichen werden.

## Aus aller Welt.

Ein Zug entgleist. Gestern abend entgleisten infolge Schiene nennbar der der Einfahrt in den Weidberger Tunnel sechs Waggons des Wien-Trager Schnellzuges. 19 Personen wurden leicht und schwer verletzt.

Ein Parlamentsgebäude ein Opfer der Flammen. Das alte spanische Ritterhaus in Riga, der gegenwärtige Sitz der lettischen Landtage, wurde ein Raub der Flammen. Das Feuer brach am Montag abend kurz vor Beginn der Feierlichkeiten zu Ehren des Reichs kaiserlichen Parlamentarier und während der Verhandlungen aus. Bis um halb elf Uhr nachts gelang es der Feuerwehr, des Feuers Herr zu werden. Die oberen Räume, in denen sich der Sitzungssaal der Landtage mit den wertvollen Kronleuchtern befindet, wurden zerstört. Die zahlreichen Wappen der litauischen Ritterchaft, mit denen die Wände bestrichen waren, wurden vernichtet. Viele Gemälde, Möbel usw. die in den unteren Räumen untergebracht waren, konnten in Sicherheit gebracht werden.

Verantwortlich für den reaktionellen Teufel Karl Garbe, für den Anseigenell Wilhelm Herzis, beide in Halle

### Wetterbericht

Freitag, 21. Oktober: Sehr milde Tagesstemperaturen, kühnes trübes Herbstwetter, vielfach harter Morgennebel.  
Sonnabend, 22. Oktober: Schönes, am Tage sehr milde, früh stark neblig Wetter.

**Stroh dauernder Preissteigerung** verkaufte ich meine großen Lager in  
**Toiletteseifen**  
aus maßgebenden deutschen Fabriken, hergestellt aus bestem Rohmaterial, zu allen Preisen.

**C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.**

# Wir bleiben billig!

Damen-Hüte		Herren-Hüte	
Velourtes in allen Farben	von Mark 30 <sup>00</sup>	Weich-Hüte	von Mark 38 <sup>00</sup>
Elegante Sportformen	von Mark 48 <sup>00</sup>	Haar-Hüte	von Mark 88 <sup>00</sup>
Zylinder-Plüsch	von Mark 88 <sup>00</sup>	Stief-Hüte	von Mark 68 <sup>00</sup>
Velour-Hüte	von Mark 120 <sup>00</sup>	Velour-Hüte	von Mark 98 <sup>00</sup>

**Herold & Schröder**  
33 Gr. Steinstr. 33. 10 Gr. Ulrichstr. 10.



Fernruf 1924.

Leipziger Straße 88.

Fernruf 1924.



Fernruf 5788.

Alte Promenade 11 a.

Fernruf 5738.

Des riesigen Erfolges wegen weiter auf dem Spielplan!  
Der erste Monumentalfilm der Serie 1921/22

Morgen zum **25. Male!**

Anerkannt bisher der beste Honny-Porten-Film  
Vorführung: 4.10 6.20 8.40 Uhr

**Henny Porten**  
als Geier-Wally  
7 Akte nach dem Roman von W. von HILLERN.

Dazu ein interessantes Beiprogramm.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Ab morgen Freitag, den 21. Oktober 1921:

**Albert Bassermann**  
in dem Drama in 5 Akten.  
„Die kleine Dagmar“

Nach Motiven des gleichnamigen Romans von Anna Elisabeth Weirauch.  
Vorführung: 4.40 6.50 9.10 Uhr.

Seebär auf Freite

Lustspiel in 2 Akten.

Die neuesten Wochenberichte.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

**Walhalla**  
Lichtspiel-Theater

21.—24. Okt. (Freitag bis einschl. Montag):

**Die Flucht ins Jenseits!**

Die dunkle Gasse von New York.

Sensationskomödie aus d. Reiche der unbegrenzten Möglichkeiten in 6 Akten.

Hauptdarsteller:

Charles Willy Kayser :: Ernst Rückert :: Grete Rheinwald

Vorführung: 5.25 8.05 Uhr.

Ausserdem:

**Die sündige Vestalin!**

Filmdrama in 5 Akten.

In den Hauptrollen:

Helga Molander :: Ernst Schrumpl

Vorführung: 4.00 6.45 9.25 Uhr.



Lichtspiele, Gr. Ulrichstr. 51

Ab morgen Freitag — 21. bis 27. Oktober:

Der Abenteuer-Sensationsfilm

Der Silberkönig IV. Teil

(Schluss)

„Rochesterstreet 29“

In den Hauptrollen:

Bruno Kastner,  
Eva Speier,  
K. Platen.

5 Akte

Erstaufführung:  
Der grosse Sittenfilm  
**Drei Nächte — ?**  
Ein Spiel mit Menschen, Gold und Feuer.

6 Akte

Regie: Carl Boese. — Hauptdarsteller:

Reinhold Schünzel — Otto Gebühr — Grete Hollmann.

Dieser Film wurde bekanntlich von der Reichszensur verboten und erst von der Oberprüfungs-kammer ohne jeden Abstrich freigegeben!

Beginn: Wochentags 4.00, 6.15, 8.30, Sonntags 3 Uhr.

Philharmonie (E.V.)  
Reihberg- u. Nikisch-Konzert

am 4. und 27. November.

Abholung der Karten zu Vorzugspreisen für Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitglieds-karte nur bis 22. Okt. bei Hothan.

Erbsen  
Linsen  
Bohnen

kauft zu höchsten Tagespreisen

Max Schultze,  
S. 2. S.,  
Mortitzwinger 3.

Philipp Scheidemann

Der Über-Ludendorff

Ein neuer vernichtender Beitrag zur Dolchstoßlegende

Preis 80 Pfennig

In bester Ausstattung

Buchhandlung Volksstimme  
Gr. Ulrichstrasse 27.

Stadt-Theater

Freitag, d. 21. Okt. 21. Anf. 7 1/2, Ed. 9 1/2, Uhr

Das Postamt

Bühnenspiel von Rabindranath Tagore

hierauf:

Die stumme Schönheit

Lustspiel von Johann Elias Schlegel.

Sonnabend:

Vorstellung für die Freie Volksbühne.

Thalia-Theater

Sonntag, den 23. Oktob. 21

abends 7 1/2 Uhr

Rosmersholm

Schauspiel v. H. Ibsen

Schnell-Glanz-Schuh-Creme

„Rekord“

zirka 1/2 Pfund-Doze 3 Mk.

la. Wauchs-Creme

solange Vorrat, zu verkaufen.

Weißeneisels,

Rikoldstr. 31.

Bereins-Anzeiger

Bekanntgabe sämtlicher Vereinstatungen

der Sozialdem. Partei.

Bezirksverband Halle, Harz 42/44, Fernruf 6900.

Ferner für die dem Allgem. deutsch. Gewerkschaftsbunde angehörenden Gewerkschaften sowie der auf dem Boden der Arbeiterbewegung stehenden geselligen Vereine.

Sozialdem. Verein, Freitag, den

21. Oktober, abends 8 Uhr im „Berg

von Breußen“ Mitgliederversammlung. Tages-

ordnung: 1. Berichterstattung vom Bezirks-Vor-

tag Referent Gen. Rüd. Krüger u. Marieburg.

2. Parteiangelegenheiten. Parteigenossen und

großen, erfindet vollständig in dieser wichtigen

Versammlung. Auch sind Gäste und Freunde

unserer Partei willkommen. Der Vorstand.

Freitag, den 21. Oktober, abends

pünktlich 8 Uhr im „Berg von Breußen“

Sitzung. Zu erscheinen haben sämtliche Orts-

komitees. Der Vorstand.

Sonntag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr

in der Offenen Rechausion Mitt-

glieder-versammlung. Sämtliches Schreiben

aller Genossen und Genossinnen ist dringend er-

forderlich. Parteifreunde und neue Mitglieder

willkommen. Der Vorstand.

Piano-Stimmungen u. Reparaturen werden sorgfältig ausgeführt bei  
**B. Döll,**  
Gr. Ulrichstraße 33-34.

Tortmüll  
in Ballen und Lose liefert billigst  
**Max Krug,**  
Friedr. u. Schöpfel u. Halle, Seidenstr. 3.

Ich kaufe getragene und neue Garderoben  
Wäsche aller Art  
Militär-Verkleidung in neuen Stils.  
**P. HAMMER,**  
Ratzeburgerstr. 17, Hof 2.

**Därme**  
Schaf- und Ziegenfäullinge,  
kleine Schweinsdärme  
ungeputzt, kauft zu den höchsten Preisen  
**Paul Ebrich**  
Darmschleimerei,  
Reißeburgerstraße 2 und Schlichthof.

**Sobel** Ein Waggon weisses Porzellan **Sobel**  
eingetroffen!

Bringe preiswert zum Verkauf:

- |  |   |   |  |  |
|--|---|---|--|--|
| Abendbrut-Teller 2 <sup>25</sup> 1 <sup>65</sup> | Eierbecher . . . . . 85                               | Speiseteller tiel u. flach 4 <sup>50</sup>          | Kannen-Untersetzer . . . 3 <sup>95</sup>         | Zuckerzosen . . . . . 5 <sup>85</sup> 4 <sup>50</sup>  |
| Kompotgeschalen nur 95                           | Salzstreuer . . . . . 95                              | Milchöpfe . . . . . 2 <sup>95</sup> 1 <sup>95</sup> | Aufschnittplatten . . . 5 <sup>85</sup>          | Kaffeeteller . . . . . 7 <sup>65</sup> 2 <sup>45</sup> |
| Gemüseschalen nur 1 <sup>85</sup>                | Saucieren . . . . . 19 <sup>85</sup>                  | Kaffeekannen gross 15 <sup>85</sup>                 | Raguschüsseln mit Deckel 19 <sup>85</sup>        | Bratenplatten groß . . 19 <sup>85</sup>                |
| Kaffeeservice für 6 Pers. 3 <sup>95</sup>        | Tassen m. Untertassen 2 <sup>25</sup> 1 <sup>95</sup> | Kochenteller . . . . . 5 <sup>85</sup>              | Riesentassen f. durstige Seelen 11 <sup>85</sup> | Kaffeeservice 5 tellig. für 2 Pers. 19 <sup>85</sup>   |
| Batterglöcken 1 <sup>85</sup> 1 <sup>55</sup>    | Quirigarnituren 9 tellig 19 <sup>85</sup>             |   | Mokkatassen mit Untertassen 1 <sup>75</sup>      |  |

Starke Gummi-Rosenträger mit 20. Ceder  
Borst nur 10<sup>00</sup>  
Dauerwäsche - Vertrieb  
Halle, Kl. Berlin 2.

**SOBEL**  
Milköpfe braun, 2 Ltr. Inhalt 1<sup>45</sup>  
Cöthen, Schlanmischerstr. 8.  
Reilstraße 1.

Fellsammlern  
Höchstpreise  
Gebr. Danglowitz,  
Fischerplan 2.  
Billigste Bezugsquelle  
Matratzen  
3teilig mit Feder- und Drahtgittern,  
pr. Alpenanstellung engl. Betten, pr. Kar-see Holz- und Delfarbend anfr.  
Polstermatrzen, Chalealognes m. pr. Bestgen. Verarb. Pfische u. Stoff-Soias Klub-Soias u. Sessel. E. Mann, Charlestr. 9. Fernsprecher 3521.







Verrechnungen über die Summe von 8 Millionen Mark mit der Zentralbank der Provinz Sachsen abfassen. Durch den Austritt der Bürgerlichen aus der letzten Stadterneuerung konnte dieses Verlangen nicht erfüllt werden. Die Verarmung gibt nun keine Anhaltspunkte für die Zukunft zu dem Abkommen. Am Ende der Woche wird die „Allgemeine Zeitung“ die Mittel für die Wirtschaften hin, die einseitig hin und durch, daß aus den verschiedensten Kreisen der Stadt hohe Beiträge für Kriegsanleihe gezeichnet sind. Daran hat die Stadt bisher einen Betrag von 1 000 000 Mark in 1914/15 und 2 100 000 Mark in 1915/16. Die Beiträge aus der Bevölkerung der Bürgerlichen müssen nun durch die Steuererträge der Jüdischen wieder aufgefüllt werden. Außerdem der Tagesordnung kommt es dann noch zu einer erregten Aussprache über die Verlegung der Stadt mit Karolitz. In einem Schreiben des Gemeindefiskus des Deutschen Reiches an den Magistrat sind die verschiedenen Maßnahmen zur Verlegung von Karolitz von Seiten der Stadt gefordert, andererseits das Publikum gewarnt, zur Selbsthilfe zu greifen. Genosse Stadtrat Schulze weist darauf hin, daß von den veranschlagten 10 000 Jentnern, die die Kreisbauernschaft liefern sollte, der Stadt 115 Jentner geliefert werden. Von der Jüdischen Jüdischer seien 1000 Jentner zum Preise von 15 Pf. geliefert worden. Der Magistrat wird alles tun, um die Minderheiten nicht rechtzeitig mit Karolitz zu versorgen. Zum Schluss ermahnt der Vorsteher die Stadtbewohner, auch in den Kommissionsfragen nachzugehen, damit die Verarmung abgebe und die Bevölkerung der Stadt in Leid und Leben bedroht“ beschlüssig bleibt.

**Höfchen.** Ein angesehener Gemeinbediener. Allgemeines Aufsehen erregte das Verschwinden des Amts- und Gemeinbedieners B. Schumann von hier. Derselbe wurde in Ausübung seines Dienstes am Sonnabend, den 15. d. Mts., nach Schneewitz geschickt, und ist von da noch nicht wieder zurückgekehrt. Die Nachforschungen nach ihm haben nun folgenden ergeben: Schumann ist nach Aufnahme von eingezogenen Umsatzen, Oberverwalter, Hallegelehrter usw. flüchtig geworden und ist in Kärnten zuletzt gesehen worden. Von da aus führt jede Spur von ihm. Wie es möglich war, daß Schumann so viel Geld, man schätzt von 10-15 000 Mark, längere Zeit in seiner Wohnung aufbewahren konnte, ohne daß der Steuerheber und Kassendirektor ebenso die Finanzkommission und gesamte Gemeinbedienstetung Maßnahmen zur Aufklärung des Geldes getroffen hätten, wird Aufgabe der nächsten Gemeinbedienstetung sein. Ob nicht aus einer Mitschuld durch übertriebene Vertrauensseligkeit die genannten Stellen trifft, bleibt abzuwarten. Schumann läßt eine Frau und drei uneheliche Kinder hier zurück.

### Mansfelder Kreise - Sangerhausen.

#### Beamté der Retiraten?

Einige Beamté der Eisenbahn-Schupo klagen uns in folgendem Schreiben ihr Leid:  
„Daß sich die Herren Offiziere der Schupo weihen, 'sähen' - ist das öfteren in 'Wilhelms' Zeiten zurückverkehrt denken, zeigt folgender Vorgang: Am 10. d. M. erließ der Herr Abteilungs-Kommandeur H. auf der Wache im Gewerkehause, um dieselbe zu kontrollieren. Er hielt dabei ein sonderbares Examen ab. U. a. ließ er sich von einem Kollegen die Wäsche zeigen und ist in Kärnten zuletzt gesehen worden. Von da aus führt jede Spur von ihm. Wie es möglich war, daß Schumann so viel Geld, man schätzt von 10-15 000 Mark, längere Zeit in seiner Wohnung aufbewahren konnte, ohne daß der Steuerheber und Kassendirektor ebenso die Finanzkommission und gesamte Gemeinbedienstetung Maßnahmen zur Aufklärung des Geldes getroffen hätten, wird Aufgabe der nächsten Gemeinbedienstetung sein. Ob nicht aus einer Mitschuld durch übertriebene Vertrauensseligkeit die genannten Stellen trifft, bleibt abzuwarten. Schumann läßt eine Frau und drei uneheliche Kinder hier zurück.“

### Witterfeld - Delitzsch.

#### Gräfenhainichen. Stadtvorordnungs-Versammlung.

Am 10. d. M. wurde die Stadtvorordnungs-Versammlung in Witterfeld abgehalten. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Schulze leitete die Sitzung. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen.

### Witterfeld - Delitzsch.

#### Gräfenhainichen. Stadtvorordnungs-Versammlung.

Am 10. d. M. wurde die Stadtvorordnungs-Versammlung in Witterfeld abgehalten. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Schulze leitete die Sitzung. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen.

### Witterfeld - Delitzsch.

#### Gräfenhainichen. Stadtvorordnungs-Versammlung.

Am 10. d. M. wurde die Stadtvorordnungs-Versammlung in Witterfeld abgehalten. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Schulze leitete die Sitzung. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen.

trages. Zum dritten Punkt: Genossenschaftsbau, sprach nochmals der Geschäftsführer Genosse Schulze. Er forderte die allgemeinen Mitglieder auf, die der Verarmung angefallene Kasseleistung von Genossenschaftsbau und von dem hiesigen Wäse als besonders billig bekannten Geschäften gelauten Waren zu beschließen, was aus der Kenntnis und der Disziplin resultiert. Durch diese Ausschließung konnten die Mitglieder leichter gewinnen von der Güte und Qualität der Genossenschaftsbau-Waren gegenüber den preiswertesten hiesigen Waren. Es ist hier zu bebauern, daß nicht alle Genossenschaftlich organisierten Bauvereine die Beschließung der hiesigen Disziplin annehmen haben. Wenn hierüber können die Bauvereine zur Einheitsleistung gelangen, was es bedeutet, nach dem genossenschaftlichen Grundgesetz: Kaufe nur in deinem eigenen Geschäft. Besonders betonte der Genosse Schulze noch, daß die Lebens- und Feuerversicherungen und die Beiträge von Sparvereinen für die hiesigen Disziplin annehmen zu können. Dies ist eine erhebliche Disziplin, die man nicht übersehen darf. Es handelte sich um die Wahl von 3 Mitgliedern. Genossenschaft wurden die Genossen Schulze, Brömmann und Schmidt.

**Sangerhausen. Die Ereignisse des Klassenkampfes.**  
Wir haben letzten das durchgeführte Verfahren des Klassenkampfes geschildert, für die Besetzung der hiesigen Magistratsmehrheit seit dem Gen. Bürgermeister Gröbner verantwortlich zu machen. Der Klassenkampf beruht sich triumphierend auf ein Schreiben des Gen. Gröbner, worin das Gesuch um Überlassung eines Schulraumes zur Abhaltung kommunikativer kommunikativer Unterrichtsarbeit abgelehnt wird, da die Geschwister eine Veränderung der hiesigen Disziplin annehmen zu können. Dies ist eine erhebliche Disziplin, die man nicht übersehen darf. Es handelte sich um die Wahl von 3 Mitgliedern. Genossenschaft wurden die Genossen Schulze, Brömmann und Schmidt.

### Witterfeld - Delitzsch.

#### Gräfenhainichen. Stadtvorordnungs-Versammlung.

Am 10. d. M. wurde die Stadtvorordnungs-Versammlung in Witterfeld abgehalten. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Schulze leitete die Sitzung. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen.

### Witterfeld - Delitzsch.

#### Gräfenhainichen. Stadtvorordnungs-Versammlung.

Am 10. d. M. wurde die Stadtvorordnungs-Versammlung in Witterfeld abgehalten. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Schulze leitete die Sitzung. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen.

### Witterfeld - Delitzsch.

#### Gräfenhainichen. Stadtvorordnungs-Versammlung.

Am 10. d. M. wurde die Stadtvorordnungs-Versammlung in Witterfeld abgehalten. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Schulze leitete die Sitzung. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen.

### Witterfeld - Delitzsch.

#### Gräfenhainichen. Stadtvorordnungs-Versammlung.

Am 10. d. M. wurde die Stadtvorordnungs-Versammlung in Witterfeld abgehalten. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Schulze leitete die Sitzung. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen.

### Witterfeld - Delitzsch.

#### Gräfenhainichen. Stadtvorordnungs-Versammlung.

Am 10. d. M. wurde die Stadtvorordnungs-Versammlung in Witterfeld abgehalten. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Schulze leitete die Sitzung. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen.

mitteln demüßigt. - Dem Genossenschaftsbau Schöpfen soll aus laufenden Mitteln ein einmündiges Darlehen von 10 000 Mark zur Einführung des hiesigen Haushaltungsbauunternehmens zur Verfügung gestellt werden und zwar so lange, wie der Interzess unterhalten wird. - Da allgemein anerkannt wurde, daß der Zustand der Kreisstraßen und Gemeindegemeinschaften ein sehr schlechter ist, wurde die Aufnahme eines Kreditsdarlehens von 2 Millionen Mark zum weiteren Ausbau der Straßen beschlossen. Dieser Betrag soll auf 5 Jahre verteilt werden. Die Kreisstraßen waren früher mangelhaft, sind jedoch durch die vielen Kohlentransporte gefährdet. In den letzten 27 Jahren sind für den Ausbau der Straßen 1 800 000 Mark ausgegeben worden, eine nicht unerhebliche Summe. Gen. Dietrich-Rohlfen regte nach an die Straßen besser zu pflegen. Kleine Schäden müßten sofort ausgebessert werden. - Für die Errichtung eines neuen Wohnhauses für Kreisbeamte wurde der Kreisverwalter nicht zu haben, nachdem vom Landrat Gen. Vogl mitgeteilt worden war, daß die Kreisbeamten alle untergebracht seien. Der Antrag Dietrich, die Wohnungsverhältnisse auszuheben und die weitere Entwicklung der Wohnungsverhältnisse abzuwarten, wurde angenommen. Die Stadt Liebenwerda hatte den Antrag gestellt, der Kreis solle das hiesige Krankenhaus übernehmen und solle das Moorbad an die Stadt abtreten. Dieser Vorschlag fand wenig Gegenliebe. Die Kreisverwalter wurde ein neues hiesiges Krankenhaus mit allen neuesten Einrichtungen in Aussicht genommen, gefunder Lage zu errichten. Die Gemeinden sollen befragt werden, welche Summe sie für diesen Zweck zur Verfügung stellen wollen. Abgeordneter Dietrich, Bürgermeister in Osterwerda, stellte eine Summe von 50 000 Mark in Aussicht. Nachdem auch der Kreisrat zugegeben hatte, daß die Lage des hiesigen Krankenhauses ungenügend und der Grund und Boden nicht geeignet sei, wurde die Übernahme durch den Kreis abgelehnt. - Interessant waren die Ausführungen des Genossen Dietrich, das Moorbad betreffend. Wenn die Revolution nicht gekommen wäre, hätte Liebenwerda kein Moorbad mehr. Dasselbe sollte freiwillig in Bureaukratie umgewandelt werden. Mit den Arbeiten war bereits begonnen. Diese Mitteilung war sehr angenehm. Der Verkauf des Moorbades würde einmündig abgelehnt. (Fortsetzung folgt.)

**Göthen.** Aufsehen erregender Fund aus der Eiszeit. Dem Geologen Göthe ist es gelungen, nach 16jähriger mühsamer Forschungsarbeit den ersten Nachweis des paläolithischen Menschen in Mitteldeutschland zu erbringen. Es ist dies ein prädiagnostischer Fund, der den hiesigen Fund von Hauer in Südböhmen zur Seite steht. Der Fund dürfte in die zweite Zwischen-Eiszeit fallen, die rund 140 000 Jahre oder 4200 menschliche Generationen zurückreicht.

**Zangenfals.** Was das Geld heßt. Die bürgerlichen Blätter melden: „Im benachbarten Söschwitz wurde einem Landwirt, der sein Geld zu sorglos aufbewahrt hatte, der hohe Betrag von 500 000 Mark gestohlen.“ - Diese Meldung bildet eine treffliche Illustration zu der von dem gleichen Blättern so oft geäußerten „Not der deutschen Landwirter.“ Die in der Zeitung erwähnten 500 000 Mark sind in Südböhmen zu Hause. Der Fund dürfte in die zweite Zwischen-Eiszeit fallen, die rund 140 000 Jahre oder 4200 menschliche Generationen zurückreicht.

### Eingekandt.

Die Geschäftsführer haben unter Überstimmung der Redaktion...

### Die Heilfieber Lebensmittelführer.

Auf das in Nr. 252 der „Heilfieber-Zeitung“ erschienene Eingekandt hat die folgende Erwiderung zu erwidern. Das in der letzten Sitzung der Heilfieber Stadtbewohner vom Punkt 6 der Tagesordnung: Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe in Höhe von 100 000 Mark zur Befreiung der Verpflichtungen der Stadt an den Kreis“ zu beschließen. Die Heilfieber Stadtbewohner haben sich für die Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe in Höhe von 100 000 Mark zur Befreiung der Verpflichtungen der Stadt an den Kreis“ zu beschließen. Die Heilfieber Stadtbewohner haben sich für die Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe in Höhe von 100 000 Mark zur Befreiung der Verpflichtungen der Stadt an den Kreis“ zu beschließen.

### Gräfenhainichen - Liebenwerda - Schneewitz.

Am 10. d. M. wurde die Stadtvorordnungs-Versammlung in Gräfenhainichen abgehalten. Der Vorsitzende Herr Stadtrat Schulze leitete die Sitzung. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen. Der Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung wurde durch den Magistrat vorgelesen.

Schöner's Schweißperlen (Schweizerpillen) sind ein wirksames Mittel gegen verschiedene Krankheiten. Die Verpackung enthält 100 Pillen. Preis 18 Pf. (links) und 77 Pf. (rechts). Apotheker Rich. Brandts, Schweizerpillen (Achtung!) sind Schokolade eingetrag. Der Nachahmer wird gewarnt. U. G. vorm. Apotheker Richard Brandts, Schweizerpillen (Schweizer) und Singen a. A. (Schweizer) (Waben).

# Bermittlertes.

**Mangels Erlaubnis der Durchlaucht von 1881.**

Vor zwei Jahren verkaufte die Gemeinde Seeritz bei Hitzsch an einen Holzhändler 25 Morgen Riefenbelaub. Die Gemeindeverordneten unterließ der Vorherrschaft zufolge eines alten Vertrags, die Abholung des Holzschlages der Oberförsterei aus dem Gemeindeverordnungsbezirk zu verweigern. Alles schien in Ordnung. Als alles gefüllt und besetzt war, erhielt der Käufer aber eine Vorladung der Staatsanwaltschaft in Lüneburg. Trotzdem — lo berichtiget der „Holzmarkt“ — der Holzhändler nachwies, daß ihm der Ortsvorsteher nicht im Zweifel gelassen habe, daß die staatliche Genehmigung erfolgt sei, da er samt den Realberechtigten das zu schlagende Holz voreilig, am ersten Schlagtage auch alle Beteiligten an Ort und Stelle dem Schläger zulassen und ferner am 5. Februar 1920 der Gemeindeverordneten rind der Oberförsterei, als Beauftragte der Regierung, im Walde, als circa 300 Fessmeter geschlagen waren, den Seiten des Holzschlägers ebenfalls bei der Arbeit zulassen, ohne daß irgend ein Wort darüber laut wurde, daß noch nicht geschlagen werden dürfe, da die regierungsseitige Genehmigung noch nicht erteilt sei, erhielt der Holzhändler vom Staatsanwalt einen Strafbefehl über 214 965 M. Geldstrafe. — Kosten extra. Die Strafe ist nach dem Gesetz der doppelte Holzwert. Der Holzhändler legte Berufung ein und wurde vom Schöffengericht Dannenberg freigesprochen, weil diese privatrechtlichen Verfügungen nicht dem Gesetz für den Bezirk Lüneburg amtsrichtig. Der Amtsrichter hatte indessen Anweisung, im Falle eines Freispruchs Berufung einzulegen, und am 20. Juli 1921 kam die Angelegenheit vor die Strafkammer des Landgerichts Lüneburg. Und dies Gericht hat nun — lies und laune, lieber Leser — auf Grund einer Braunshweigisch-Lüneburgerischen Landesresolution vom 3. September 1881, wonach „keiner weder in den Höfen oder denen ihm oder anderen nachgehenden Holzungen einiger Baum- oder Gebüschstücke ohne seiner fürkünftigen Durchlaucht oder deren fürkünftigen Kammer Spezialbefehl und Erlaubnis bauen oder fällen lassen sollte.“ die Verurteilung zu der genannten hohen Strafe in letzter Instanz ausgesprochen! Nach dieser Logik könnte das Holz demnach nicht früher verkauft werden, als bis eine neue fürkünftige Durchlaucht erteilt wäre, die die Landesresolution von 1881 aufhebt. Die „fürkünftige Durchlaucht“ dürfte sich im Grunde herumwälzen vor Vergängen darüber, was ihr Strafbewertungs anno domini in der deutschen Republik des 20. Jahrhunderts anrichtet.

# Literatur.

Vom **Wahren Jakob** ist loben die 21. Nummer des 38. Jahrgangs erschienen. Aus ihrem Inhalt erheben sich folgende Beiträge: **Wilder: Die neue Lokomotive.** — **Wirth in Kötten: Internationale Arbeitslosigkeit.** — **Tert: Oppau.** Von **Der Wahre Jakob.** — **Die Steuern der Holzgenossen.** Von **W.** — **Der Mann im Kreuz.** Von **Pauli Red.** — **Die Katastrophe.** Von **Friedr. Wenzel.** — **Der Auszug.** Von **M.** — **Randallisten in Venedig.** Von **W.** — **Die Kämpfe.** Von **W.** — **Der Preis der Nummer 18.** Von **W.** — **Probennummer** wird jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieckhoff, G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

**Die Erwerbslosenfürsorge.** Unter diesem Titel ist loben im Verlag „Freiheit, Berlin C 2, Breitestr. 8-9, eine Schrift des Arbeiterföretärs Rudolf Wede erschienen (Preis 8 M.). Wohl auf manchen Gebieten ist die Unterweisung der gefährlichen Bestimmungen so groß und doch die Vertrautheit mit denselben so notwendig wie auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge. In übersichtlicher Anordnung und gemeinverständlich Darstellung gibt die vorliegende Schrift über die gesetzlichen Bestimmungen, sowie praktische Anwendung eingehenden Aufschluß. Für jeden, der sich orientieren und mitwirken will, ist die Schrift der Erwerbslosen und Kurzarbeiter wahrnehmen mit, ist die vorliegende Schrift daher unentbehrlich. Die Bearbeitung ist nach dem neuesten Stande erfolgt und enthält auch die vom 1. August d. J. ab geltenden neuen Unterweisungssätze. In einer Reihe von Abhandlungen über Dramatisierung der Fürsorge, örtliche Zuständigkeit, anpruchsberechnete Personen, Art und Höhe der Fürsorge, Rechtscharakter, Wertzeit, Aufhebung der Unterweisung, Fürsorge für den Krankheitsfall, Kurzarbeiter-Unterweisung und produktive Erwerbslosenfürsorge, ist die gesamte Fürsorge gemeinverständlich dargestellt und an Beispielen erläutert. Die beiden letzten Abschnitte enthalten die Beschlüsse des Reichstages und des Reichswirtschaftsrats zu den 10 Forderungen des A. C. G. B.

**Kola Putschburg, Karl Siebrach, Leo Tschöke.** Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. Eine Skizze von Karl Kaufst. Verlagsgesellschaft Freiheit e. G. m. b. H. Berlin. Preis 2 Mark. Kaufst. Schrift schildert zunächst den Gegensatz zwischen der Arbeiterbewegung in England und England als den Gegensatz von reformistischer und revolutionärer Denkweise. Der

englische Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung aber war gemäß dem Stande der Entwicklung auf den politischen und sozialen Dingen Europas. Als nun in Deutschland der proletarische Kampfschlagen gegen den Absolutismus begann, da wurde der dem Kampf des zünftigen Proletariats ausgehende revolutionäre Einfluß noch verstärkt durch den persönlichen Einfluß, den die zahlreichen Schichten von Emigranten hervorriefen, die zeitlich oder für immer vor ihren Berührungen aus England flüchten mußten. Kaufst. zeigt aber auch, daß die Bedingungen des großen Einflusses Kaufst. und seiner Vertreter auf die deutsche Arbeiterbewegung sich jetzt geändert haben. Er schließt deshalb: „Und darum werden Kola Putschburg und ihre Freunde wohl in der Geschichte des Sozialismus stets einen hervorragenden Platz behaupten, aber sie kennzeichnen in dieser Geschichte einen Abschnitt, der zu keinem Ende gekommen ist.“

**Das einheitliche Arbeitsrecht.** Von Fritz Schröder. Verlag: Zentralverband der Angestellten, Berlin S. O. 28. Der 54 Seiten starke Broschüre ist ein vom Verfasser auf dem ersten Parteitag des Zentralverbandes der Angestellten in Weimar 1921 gehaltenen Vortrag zugrunde gelegt. Einleitend werden die verschiedenen Epochen der geschichtlichen Entwicklung der Wirtschaft und damit der Rechtsordnung geschildert, um dann zu der Frage Stellung zu nehmen: Was ist Arbeitsrecht? Die Frage wird ausführlich auf Grund verfassungsgeschichtlicher und wissenschaftlicher Auslegungen behandelt. Daran anschließend findet das zu schaffende Arbeitsgesetzbuch, in dem das Arbeitsvertragsrecht den ruhenden Teil bildet, ergebnis Würdigung. Bei Behandlung dieses ganzen Komplexes wird auch die Neuregelung des Bereinigungs- und Streitrechts in Betracht gezogen.

Einen breiten Raum nimmt die Besprechung der Neuregelung des Schlichtungswesens mit seinen vielen Unterfragen ein, dem Abhandlungen über den Entwurf des Arbeitsstärkengesetzes und des Arbeitsnachweisgesetzes folgen. Die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeitsgerichten und des Ausbaues der Gewerkschaft wird ausführlich behandelt.

**Die Sozialisierung des Wohnungswesens** wird jetzt von den Kreisen der Gewerkschaften und Mieter Verbände erörtert. Als ein Beitrag dazu erscheinen im Verlage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin S. O. 16, 84 Seiten, 7 M.) die „Mittelpunkte für die gemeinsame wirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens“, die in einer ausführlichen Begründung für die Notwendigkeit der Vergegenständlichung des Wohnungswesens auch für diejenigen, die ihr ablehnend gegenüberstehen, wertvolles Material bringen. Durch Reichsrecht wird die Bildung von Wohnungsgenossenschaften, sogenannten Bauvereinen, verlangt, in denen 500 bis höchstens 1000 Wohnungen, die auch Gemeinräume mitumfassen, werden. Die Bauvereine einer Stadt bilden zusammen den Wohnungserverband, ebenfalls eine Selbstverwaltungsvorrichtung. Das Eigentum an den Häusern, soweit es nicht kleine Einzelhäuser sind, geht gegen angemessene Entschädigung auf die Bauvereine über. Den Wohnungserwerbenden liegt die Regelung der Wohnungsverhältnisse ob. Eine reelle Beteiligung aller der in den Wohnungen wohnenden und eine beschleunigte und systematische Hebung der Wohnungsnot unter gerechter Berücksichtigung der vorhandenen Häuser — zu den Kosten wird nachzuweisen versucht und jedenfalls wirksam auf Diskussion gestellt.

# Soziales.

**Einen Unfallvertrauensmann** verlangt Dr. Fischer in Zentralblatt für Gewerkschaften. In jedem Betriebe sollen ein oder mehrere Vertrauensleute durch die Betriebsarbeitsräte gewählt werden, und diese Vertrauensleute sollen die im Betriebsrat gesetzlich vorgesehenen Aufgaben der Betriebsräte mit erfüllen helfen.

**Gewerkschaften.** Durch einen Erlass des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt wird die ärztliche Unterweisung und Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter angeordnet. Ferner ist für sämtliche deutschen Staaten eine amtsärztliche Unterweisung und Begutachtung von Kraftwagenführern bestimmt worden. Es ist erteillich, wenn man bei den mangelhaften Zuständen auf dem Gebiete der Gewerkschaften auch einmal von kleinen Fortschritten hören kann. Die Entwicklung steht nicht still.

**Tuberkulose und Beruf.** Dr. Alfons Fischer bringt in den sozialhygienischen Abhandlungen eine Arbeit über Tuberkulose und Umwelt. Daß die fäulnisreichen Bezirke und Bezirke sich bezüglich der Tuberkuloseerkranklichkeit und Anhaltbarkeit infolge Tuberkulose günstiger stellen als die industriellen, ist schon öfter festgestellt worden. Auch hat Fischer abermals festgestellt, daß die Tuberkuloseerkranklichkeit bei steigendem Einkommen, steigender Lebensversicherung, großer Wohnung, bei Selbständigen und gebundenen Beamten niedrig ist. Einen weiteren Beweis für die Zusammenhänge zwischen Tuberkulose und Umwelt zieht Fischer aus einem Vergleiche mit England. Dort ist die Sterblichkeit an Lungentuberkulose seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts immer mehr gefallen und zwar mehr als in Preußen und Bayern. Dabei sind aber auch die Preise für Lebensmittel dort andauernd gestiegen, während sie bei uns

eine steigende Tendenz hatten. Und da die Nahrungsmittelpreise gerade im Haushalt der Arbeiter eine auslassungsbewende Rolle spielen, so ist der schädliche Einfluß der Lebensmittelpreise auf die Tuberkulose des Proletariats wohl begründet.

# Jugendbewegung.

**Jugendbund Bismard.**

Unter der Firma „Jugendbund Bismard“ erhebt sich in Schlesien der bekanntlich aufgelöste Deutschnationale Jugendbund, der die Jungen und Mädel der äußersten Rechten in ihre Parteipolitik einweihet, aber ihnen schließlich das Geleit, wie immer, behaupten nun die Drahtzieher des „Bismard“, seine Politik zu treiben. Eines ihrer Zeitblätter „Jung-Bismard“ strahlt sie Äugen. Da wird in der Julinummer ein Gedicht „Die Volkstreue“ veröffentlicht, das ein parteipolitisch-nationalistisch-friegerhetzliches Machwerk schillerndes Sorts ist. Wenn im ersten Teile die Regierungsparteien als unbedeutend verachtet werden, lo precht die Verfasser im zweiten der Jugend den Revanchegedanken. Er „Ang!“

„Es werden Tage wiedertommen, da jedes deutsche Herz ein Schmerz! In unsern Wäulen schlägt das Geleit und wird geküßt in Feuerqual, und einmal wird es sich erweiden und aufstehen als harter Stahl. Dann laßt uns leben, was uns taugt, und denken, was man uns getan, und laßt uns gähnen lang um Tage und rechnen laßt uns Jaun um Jaun.“

Man behende, daß den „Jung-Bismard“ schon schelmische Quainten, die ja „Recht“ im Bundes sein können, in die Hände bekommen. Welch geradezu verwerbende Wirkung müssen solche Hegepropaganda auf die jugendlichen Gemüter ausüben, melch ein tiefergehender Klaffenhaß wird da gerade von den Kreisen, die der Arbeiterchaft den Klassenkampf zum Vorwurf machen, in die empfänglichen Gemüter gepflanzt. Mit Recht wird deshalb die „Bismard“, unter Breslauer Bruderschaft, die folgenden Fragen auf:

1. Wie paßt dieser Hohlklang zum Geit des völkervereinenden Christentums, den doch die Deutschnationalen gerade in der Schule — ließe Religionsunterricht — erhalten wollen? — Oder ist diese Forderung nur Heuchelei? —

2. Wie verhält sich obige Redegegenstand zum Wesen der Weimarer Reichsverfassung, wo im Artikel 148, in allen Schulen Tüchtigkeit im Geiste der Völkervereinigung gefordert wird? — Wird hier nicht die Verfassung ebenso frech verhöhnt wie Religion und Christentum? —

Daß der Bund nicht politisch „farblos“ ist, zeigt in dem Artikel „Recherche Männer und die deutsche Jugend“ der Schlussatz an die deutsche Jugend: Zeige den traurigen Gestalten vom November 1918, daß nicht alle international denken, sondern daß es auch Deutsche gibt, zeige ihnen, daß sie sich vor der Zukunft nicht lösen, daß es ein starkes Geschick ist, das bereinigt die Geschichte des Vaterlandes zu lenken genekt! Das mußte Gott! Alle unsterbliche Bäume Aufforderung kann an die Schulkinder zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und zum Sturz der Republik. Auch die „starken Männer“, welche dies befohlen sollen, werden verächtlich in einem besonderen Abschnitt. Der ehemalige Oberminister Lüderick und der verlassene Chef der Orgel, Eischer, werden „der gesamten Jugend nur eindringlich zur Verbergung empfohlen.“

Was wird die Behörde gegen diese Jugendberührung unternehmen? Die deutschnationalen Herrschaften aber sollen sich nicht über das Echo wundern, das ihre unermessliche Jugendberührung in der Arbeiterchaft auslösen wird

# Die Konjungenossenschaft.

Die Konjungenossenschaft ist das Wirtschaftsideal der Zukunft. Sozialismus — Gemeinwirtschaft — das ist der Kern ihres Wirkens. Willst Du ihr dienen, dann hilf an ihrem Ausbau, die sie wird es Dir und Deinem Volke reichlich lohnen.

# Amliche Bekanntmachung für Halle a. d. S.

**Wiedervereinigung der Konjungenossenschaft.**  
Zum Schutze gegen die Maf und Fäulnisse wird auf Grund der SS 18 ff. des Viehwegengesetzes vom 26. Juni 1906 (Reichs-Gesetzblatt 1906 Seite 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:  
Der Seuchentaler des Seuchtafches, hier, bildet einen Sperrbezirk für den Sperrbezirk gelten die Bestimmungen der in der Hallischen Allgemeinen Zeitung vom 11. Mai 1921 Nr. 108 veröffentlichten wiedervereinigunglichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 13. Juli 1920.  
Halle, den 18. Oktober 1921.  
Die Polizeiverwaltung.

**Dampf-Waschanstalt Hektor**  
Marienstraße 2  
2 Minuten v. Bahnhof entfernt.  
Spezialität: Herren-Silke- u. Wäsche, Famil.-Roll- u. Naßwäsche n. Gew. u. Stöck.

**Lebensmittel**  
kaufen jeder in anerkannt besten Qualitäten stets preiswert und gut bei

**Otto Bornschein**  
G. m. b. H.  
Halle, Mittelstraße 21.

**Frauen-duschen**  
Frauenspritzen  
Klyso  
Gummiwaren  
billigt. Liste gratis  
Sanitas-Depot,  
Leipzig Str. 11, pr.  
Eing. Kl. Sandberg.

**Gähne**  
Beleuchtungen  
in jeder  
Art billig.  
Hugo Krasemann,  
Ueberwaren-  
Spezial-Geschäft  
Halle, Nr. 19.

**Beieinkäufer**  
für  
**Herrn- und Damenstoffe**

Besuchen Sie uns, überzeugen Sie sich von unserer Preiswürdigkeit.

**Mitteldutsche Textil-Gesellschaft m. b. H.**  
Grosse Ulrichstrasse 12.

**Bei Einkäufen**  
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

**Gählermützen**  
von 24 Stk. an, empfahl.  
J. Hallga, Wägenfabrik,  
Dr. Krasemann, 30.

**Zur Ermordung Erzbergers**

Eine Rede von  
**Philipp Scheidemann**  
gehalten am 30. Sept. 1921  
im Reichstag

Sa beziehen durch:  
**Buchdrlg. Volksstimme,**  
Or. Ulrichstraße 27.

**Stellen finden.**

**Erfahrener Kadiedemeister**  
wird von allererster bekannter Kadefabrik in einer Großfabrik gesucht. Angebote erben unter J. W. 12929 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.